

Vorwort zur 3. Auflage

Die Welt ein kleines bisschen besser machen und dafür sorgen, dass weniger Menschen an heilbaren Krankheiten oder durch Kriege sterben, Hunger leiden und nicht das Leben führen können, welches ihren Wünschen entspricht. Diese Motivation teilen wir als Autoren dieses Buches mit vermutlich den meisten unserer Leserinnen und Leser. Aber auch nach der Lektüre dieses Buches werden Sie leider keine Antwort auf die Frage haben, wie dies schnell und zuverlässig zu erreichen ist. Denn würde es eine einfache Antwort auf diese Frage geben, wäre diese mit großer Wahrscheinlichkeit bekannt und bereits umgesetzt, und wir müssten kein mehrere hundert Seiten umfassendes Buch darüber schreiben. Deshalb möchten wir in diesem Buch vor allem Sensibilisieren für die Komplexität der Thematik. Wir möchten zeigen, was gemessen, ausprobiert und verworfen wurde und diskutieren, woran es gescheitert ist. Was für Ideen gibt es? Welche Vor- und Nachteile und ggf. auch Gefahren weisen diese auf? Was wurde bereits wie versucht zu verbessern und woran sind diese Konzepte gescheitert? So kann – im Optimalfall – dieses Buch dazu beitragen, dass Fehler, die gemacht wurden, nicht noch einmal gemacht werden, dass man nicht nur die Chancen von Maßnahmen, sondern auch deren Risiken, aber genauso nicht nur überall Risiken, sondern auch Chancen sieht. Eine möglichst umfängliche Betrachtung von Bereichen, Aspekten, Kosten und Nutzen, die nicht nur auf einzelne Punkte abstellt und damit einseitig wertet, ist in jedem Kapitel unser Ziel. Inwieweit uns dies gelungen ist, müssen Sie als Leser entscheiden. Besonders wichtig ist uns als kritischen liberalen Wissenschaftlern in diesem Zusammenhang zweierlei:

1. Alles Wissen ist fallibel. Alle Aussagen in diesem Buch (und auch sonst auf der Welt) stellen lediglich Hypothesen dar, die durch neue bessere ersetzt werden können und sollen. Dieser kritische Rationalismus ist einer der wichtigsten gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Treiber. Also überlegen Sie stets, ob wir etwas vergessen haben oder es eine Inkonsistenz in unserer Logik gibt und schlagen Sie eine bessere Hypothese vor!
2. Fallen Sie nicht auf einfache Lösungen und Erklärungsansätze herein. Ideologien verhindern Fortschritt, da sie keine Hypothesen bilden, sondern die Wahrheit postulieren. Ein Ausprobieren, ein kritisches Nachdenken, das Aufdecken von Fehlern, die Ermöglichung von Innovationen; all dies wird durch Ideologien unterbunden. In diesem Sinne können wir nur empfehlen, den Verlockungen einer einfach zu erklärenden Welt und vermeintlich genauso einfacher Lösungsansätze für Probleme zu widerstehen. Erwägen sie stets Pro und Contra und seien Sie dazu bereit, ihr eigenes Wissen zu verwerfen und es durch bessere Hypothesen zu ersetzen.

In diesem Sinne: Bleiben Sie kritisch und viel Spaß beim Lesen des neu konzipierten Buchs!¹

Bayreuth, im August 2021

Martin Leschke & Felix Schlieszus

¹ An dieser Stelle möchten wir uns noch bei unseren studentischen Hilfskräften für die vielen Recherchen, Ausarbeitungen und Auswertungen bedanken, die das Entstehen bzw. die Verbesserung dieses Buches erst ermöglicht haben. Ein besonderes Dankeschön deshalb an unsere aktuellen studentischen Hilfskräften Johannes Hollenbach, Jacob Nielsen und Sarina Spiegel sowie unsere ehemaligen studentischen Hilfskräfte Theresa Rollwage, Edina Gogoll, Nico Koch, Max Ruppenner und Tim Röthel. Ein weiteres Dankeschön an unsere vielen Freunde, Kollegen und Verwandte für unzählige harte und dafür umso konstruktivere Diskussionen und Kritik, die die Entwicklung und Verbesserung vieler Aspekte erst möglich gemacht haben.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 3. Auflage	III
Abkürzungsverzeichnis	IX
1. Kapitel: Einführung	1
1.1 Entwicklung und Entwicklungsländer	1
1.2 Die ökonomische Perspektive	5
1.3 Die institutionenökonomische Perspektive	11
1.4 Warum beschäftigen sich Ökonomen mit Entwicklung und Entwicklungsländern?	15
1.5 Ökonomen erzeugen nur „fallibles Wissen“	17
2. Kapitel: Messkonzepte, Indikatoren, Indizes der Entwicklung.....	19
2.1 Entwicklungsindikatoren und -indizes.....	21
2.1.1 Wirtschaft, Wohlstand und Verteilung	21
2.1.1.1 Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf	21
2.1.1.2 Verteilungsindikatoren	30
2.1.1.3 Weitere Wirtschaftsindikatoren.....	36
2.1.2 Ökologie und Gesundheit.....	40
2.1.3 Demografie, Bildung und Soziokultur	47
2.1.3.1 Demografie	47
2.1.3.2 Bildung	52
2.1.3.3 Soziokultur: Konflikte und Diskriminierungen.....	53
2.1.4 Exkurs: Glück als Wohlfahrtsmaßstab.....	59
2.1.5 Bereichsübergreifende Entwicklungsindizes	61
2.1.5.1 Capability Approach & Human Development Index	61
2.1.5.2 Weitere bereichsübergreifende Indizes	69
2.2 Entwicklungsländer aus Sicht internationaler Organisationen.....	76
2.2.1 Entwicklungsländer aus Sicht der Vereinten Nationen.....	76
2.2.2 Entwicklungsländer aus Sicht der Weltbank	77
2.2.3 Entwicklungsländer aus Sicht der OECD	78
2.2.4 Was sind denn nun Entwicklungsländer?	78
3. Kapitel: Theorien wirtschaftlicher Entwicklung	81
3.1 Traditionelle Ansätze	82
3.1.1 Fortschritt durch Marktwirtschaft: Adam Smith, Joseph Schumpeter & Friedrich August von Hayek.....	82
3.1.2 Fortschritt durch Außenhandel: Adam Smith, David Ricardo und die Nachfolger.....	86
3.1.3 Erklärungsgehalt der marktwirtschaftlichen Fortschrittstheorien.....	93

3.2 Wachstumstheorien.....	95
3.2.1 Postkeynesianische Wachstumstheorie.....	95
3.2.1.1 Harrod-Domar-Modell	96
3.2.1.2 Implikationen.....	99
3.2.2 Die neoklassische Wachstumstheorie von Solow und Swan	105
3.2.2.1 Herleitung	105
3.2.2.2 Implikationen.....	111
3.2.3 Hypothesen der Neuen Wachstumstheorie	118
3.2.3.1 Romer-Modell	118
3.2.3.2 Implikationen.....	122
3.2.4 Wachstumstheorien: Offene Fragen.....	123
3.3 Wachstum und Verteilung.....	125
3.3.1 Die Wirkung von Wachstum auf Verteilung	126
3.3.1.1 Die Kuznets-These	126
3.3.1.2 Die Piketty-These	128
3.3.2 Die Wirkung von Verteilung auf Wachstum	130
3.3.2.1 Die These von Galor und Zeira	130
3.3.2.2 Implikationen.....	133
3.4 Governance: Institutionenökonomische Grundlagen der Entwicklung.....	137
3.4.1 Gesellschaft, kollektives Handeln und das Problem des ausbeuterischen Rent-Seeking.....	138
3.4.2 Good Governance I: Verfassung.....	141
3.4.2.1 Wahlen.....	141
3.4.2.2 Exit, Voice und Individualrechte.....	143
3.4.2.3 Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit	144
3.4.2.4 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als Junktim.....	149
3.4.3 Good Governance II: Prinzipien	150
3.4.3.1 Verlässlichkeit und Stabilität.....	150
3.4.3.2 Subsidiarität.....	151
3.4.3.3 Äquivalenz und Nachhaltigkeit	152
3.4.3.4 Allgemeinheit und Gleichheit.....	154
3.4.3.5 Verhältnismäßigkeit	157
3.4.3.6 Transparenz	158
3.4.4 Good Governance III: Wettbewerbsordnung.....	158
3.4.4.1 Wettbewerbsrecht	163
3.4.4.2 Eigentums- und Verfügungsrechte	167
3.4.4.3 Regulierung von Marktversagen	173
3.4.5 Quintessenz: „Institutions matter“	180
3.4.6 Reformhindernisse	183
3.4.6.1 Der Fluch der Ressourcen	184
3.4.6.2 Das Korruptionsproblem	187
3.4.6.3 Das Zeitproblem der autokratischen Regierung.....	195
3.4.6.4 Das Entmachtungsproblem des Diktators	197
3.4.6.5 Informelle Institutionen und Sozialkapital	198
3.4.6.6 Pfadabhängigkeiten und „Lock in“	204
3.4.6.7 Exkurs: Reformanstöße von außen.....	209
3.4.7 Zur Messung institutioneller Variablen	212

3.5 Fortschrittspessimistische Theorien	219
3.5.1 Der ausbeutende selbstzerstörerische Kapitalismus	219
3.5.2 Die Bevölkerungsfalle.....	221
3.5.3 Die Postwachstumsökonomik.....	223
3.5.4 Abhängigkeitstheorien	226
4. Kapitel: Entwicklungspfade	233
4.1 Global	233
4.2 Regional.....	245
4.2.1 Asien	245
4.2.2 Lateinamerika und Karibik	248
4.2.3 Post-Sowjetische Länder.....	251
4.2.4 Arabische Länder	254
4.2.5 Nordamerika und Europa	257
4.2.6 Subsahara-Afrika	259
4.3 Das Zusammenspiel von Institutionen und Entwicklung.....	261
5. Kapitel: Ziele, Mittel und Träger der EZ	263
5.1 Vereinte Nationen.....	266
5.1.1 Die Millenniumziele und die neuen Ziele für nachhaltige Entwicklung .	268
5.1.2 Exkurs: Der „Copenhagen Consensus“	277
5.2 Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds.....	280
5.2.1 Phasen der EZ und Aufgaben von IWF und Weltbank.....	281
5.2.2 Der „Washington Consensus“ und die Gründe seines Scheiterns	283
5.2.3 Governance und Partizipation: PRSP	292
5.2.4 Die HIPC-Initiative	297
5.2.5 Exkurs: Die Sachs-Easterly-Kontroverse.....	305
5.3 Die Welthandelsorganisation	312
5.4 Weitere multilaterale Organisationen der EZ.....	318
5.4.1 OECD und die Deklarationen für mehr Effektivität bei der EZ	318
5.4.2 Exkurs: Projekt- versus Budgethilfe	322
5.4.3 Die Afrikanische Union	325
5.4.4 Weitere Süd-Süd-Kooperationen	327
5.5 Staatliche und private Akteure der EZ.....	330
5.5.1 Staatliche EZ am Beispiel Deutschlands	330
5.5.2 Akteure privater EZ in Deutschland	335
5.5.3 Marktlösungen in armen Regionen: Der BoP-Ansatz.....	336
5.5.4 Mikrofinanzen: Mikrokredite und Mikroversicherungen	340
Literaturverzeichnis.....	345
Index	379

1. Kapitel

Einführung

Das folgende Einführungskapitel verfolgt zwei Ziele: Zum einen sollen grundlegende Begrifflichkeiten erläutert und zum anderen sollen die ökonomische und insbesondere die institutionenökonomische Perspektive verständlich gemacht werden. Begonnen wird mit dem Versuch zu klären, was Entwicklung bedeutet und was Entwicklungsländer sind.

1.1 Entwicklung und Entwicklungsländer

Entwicklung findet immer statt, dem können sich weder ein Mensch, Gruppen von Menschen, noch Organisationen, Staaten oder Staatenverbände entziehen. Alle diese Systeme unterliegen sich verändernden Interaktionen, sich verändernden Strukturen und sich verändernden Ergebnissen, die wiederum Rückwirkungen auslösen. „Panta rhei“ (alles fließt), so lautet dafür die Kurzformel, die auf den griechischen Philosophen Heraklit zurückgeführt wird und sich schon ähnlich bei Platon findet. Wenn nun aber menschliche Handlungen, Interaktionen und Strukturen und Organisationen ständig im Fluss sind, warum reicht es nicht, sich mit der Erfassung dieser Veränderungen beschreibend zu befassen? Warum unterscheidet man – auf Basis einer oder mehrerer Normen als gewählte Maßstäbe – zwischen entwickelten Ländern, Schwellenländern, Entwicklungsländern oder auch fragilen Staaten? Hinter dieser Unterscheidung verbirgt sich ein normativer Anspruch, den man politisch begründen kann. Wenn man Bedingungen in Staaten benennen kann, die (nachweislich) einen spürbaren Einfluss auf eine wünschenswerte bzw. nicht wünschenswerte Entwicklung haben, so kann man sich solche Diagnosen für eine politische Gestaltungsaufgabe zunutze machen. Die politische Aufgabe besteht dann darin, die Bedingungen möglichst zu verbessern, damit die Menschen ihre (unterschiedlichen) Ziele möglichst weitgehend erreichen können. Die Unterscheidung in Entwicklungs-, Schwellen- und andere Länder weist dann semantisch darauf hin, dass hier mehr oder weniger starker Bedarf für die Politik besteht, Bedingungen zu verbessern. Die Unterscheidung ist also politisch-normativ motiviert. Damit man bezüglich bestimmter Maßstäbe, die man für die Betrachtung eines Landes oder einer Region auswählt, einen Anhaltspunkt hat, ob die Bedingungen gut, weniger gut oder vielleicht sogar sehr schlecht sind, benötigt man zweierlei: valide Hypothesen (am besten wissenschaftlich fundiert), wann und warum welche Maßstäbe zur Messung und Bewertung der Bedingungen herangezogen werden sollten und – dem kann man sich gerade in der Politik nicht entziehen – Vergleiche zwischen Ländern und Regionen in Bezug auf die Messresultate. Beides zusammen gibt einem dann einen Eindruck davon, ob die Bedingungen eine wünschenswerte Entwicklung unterstützen oder eher nicht. Hierbei spielt auch das subjektive Empfinden der Menschen und deren Präferenzen eine Rolle. Bei allen Unterschieden, die es hier geben mag, kann man doch – recht universell – Kriterien benennen, die für die meisten Menschen auf dieser Welt gelten (wenn auch sicherlich nicht für alle). So unterstellen wir, dass Menschen lieber reich als arm sind, dass sie lieber in einer intakten Umwelt leben, als von Umweltverschmutzungen umgeben zu sein, dass sie lieber einen gesicherten Zugang zu Grundgütern wie Gesundheits- und Bildungseinrichtungen haben, als davon abgeschnitten zu sein, sie Möglichkeiten haben, mit Verkehrsmitteln bequem zu reisen oder auch das Recht haben, auf das kollektive Handeln des Staates Einfluss zu nehmen, anstatt alles ohne jeden Einfluss vorgelegt zu bekommen.

Wenn wir nun vor diesem Hintergrund den Terminus „Entwicklungsland“ betrachten, so ist ein solches Land nach allgemeinem Verständnis ein Land, das hinsichtlich seiner wirtschaftlichen, sozialen und/oder politischen Entwicklung einen vergleichsweise niedrigen Stand aufweist. Mithin handelt es sich bei Entwicklungsländern um Länder, deren Bevölkerung größtenteils als „arm“ (nach allgemeinem Sprachgebrauch) angesehen wird. Welches Land zu den Entwicklungsländern zählt, ist natürlich abhängig vom konkreten Maßstab, den man verwendet.

Obschon der Begriff **Entwicklungsländer** (engl. „Developing Countries“, also sich entwickelnde Staaten) in der deutschen Fach- und Alltagssprache fest verankert ist und beispielsweise von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit oder dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) verwendet wird, weist er bereits rein semantisch eine Unklarheit auf; denn ein Entwicklungsland ist ja gerade dadurch charakterisiert, dass Entwicklungsfortschritte in eine für die Menschen wünschenswerte Richtung nicht oder nur in einem recht geringen Maß zu verzeichnen waren bzw. sind. Die trotz der Unschärfe hohe Akzeptanz des Begriffs ergibt sich auch daraus, dass alternative synonyme Begriffe wie „Dritte Welt“ – obwohl dieser Begriff keine hierarchische Reihung darstellt, sondern nur eine Bezeichnung für blockfreie Staaten ist, also den Gegensatz zur ersten (westliche Staaten) und zweiten Welt (Ostblockstaaten) darstellt – , „Vierte Welt“ oder „unterentwickelte Länder“ (underdeveloped countries), „rückständige Länder“ (backward countries) oder „nicht-entwickelte Länder“ (undeveloped countries) sehr abwertend klingen und deshalb von den meisten Fachleuten und der Politik abgelehnt werden.

International gibt es keine einheitliche Sprachregelung. So wurden beispielsweise im Jahr 1971 in Folge einer Vollversammlung der United Nations (UN) die Begriffe „Least Developed Countries“ und „Less Developed Countries“ (LDC) kreiert, die eine gewisse internationale Akzeptanz gefunden haben. Für den deutschen Sprachgebrauch besteht das Problem der Übersetzbarkeit dieser beiden Begriffe. Die recht umständlichen Ausdrücke „am wenigsten entwickelte Länder“ bzw. „weniger entwickelte Länder“ haben sich daher nie durchsetzen können. Allerdings verwendet das BMZ teilweise den englischsprachigen Begriff „LDC“, ohne dabei einen Unterschied zwischen LDC und LLDC zu machen. Interessant ist ferner, dass die Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) den Begriff „Entwicklungsland“ gänzlich meidet und stattdessen vorwiegend den Begriff „Partnerland“ verwendet.

Mit dem Begriff „**Industriestaaten**“ versucht man hingegen die hoch entwickelten Staaten von den Entwicklungsländern sprachlich abzugrenzen. Allerdings ist auch diese Begriffsverwendung problematisch. Zum einen ergibt sich ein Abgrenzungsproblem mit den industrialisierten, ehemaligen sozialistischen Ländern (den mittel- und osteuropäischen Transformationsstaaten). Zum anderen müssten die mit dem Ausdruck Industriestaaten belegten Länder heutzutage eigentlich zum Teil als „Dienstleistungsstaaten“ bezeichnet werden, weil es gerade ein Charakteristikum der sog. hoch entwickelten Staaten ist, dass die Wertschöpfung immer stärker im dritten Sektor, dem Dienstleistungssektor, stattfindet und auch ein Großteil der Beschäftigten in diesem Sektor tätig ist.

Vermeehrt werden zudem die Termini **Länder des globalen Südens**“ und **Länder des globalen Nordens** statt der Begriffe Entwicklungs- und Industrieländer verwendet. Diese Terminologie nutzen insbesondere Nicht-Regierungsorganisationen sowie Akteure in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, vor allem aber favorisieren die Länder des globalen

die Frage, **Markt oder Staat?**, sondern um ein adäquates Zusammenwirken staatlicher und privater Akteure. Das kollektive Handeln über den Staat ist hierbei systematisch dem interaktiven Handeln der Akteure im Markt vorangestellt, denn der Staat setzt die Regeln und flankiert den Markt mit Kollektivgütern. Er schafft die Bedingungen der Marktwirtschaft – aus der hier vorgestellten Sicht einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft. Folglich ist der Staat auch in der Verantwortung, wenn die (nicht intendierten) Ergebnisse vorwiegend nicht in Einklang mit den Präferenzen der Individuen stehen. Er muss dann (auf Basis vorangehender demokratischer Diskurse) die Spielregeln ändern, so dass die unerwünschten Ergebnisse möglichst umfänglich eingedämmt werden. Hierbei kann der Staat allerdings nicht „Marktgesetze“ (Gesetzmäßigkeiten) außer Kraft setzen. So sind Inventionen, Innovationen und organisatorischer und technischer Fortschritt nur möglich, wenn Wettbewerbsprozesse etabliert werden, die als Entdeckungsverfahren fungieren. Das kollektive Handeln über den Staat bestimmt letztlich das Spiel.²¹

3.4.5 Quintessenz: „Institutions matter“

Institutionen als formelle und informelle Regeln steuern und bestimmen unser Zusammenleben. Ohne einen Staat, und somit dem Fehlen jeglicher formellen Regeln, herrscht das Recht des „Stärkeren“ und es kommt zu massiven Einschränkungen der individuellen Freiheiten. Dies legitimiert die Einführung einer regelsetzenden Organisation (des Staates), die wiederum selbst ein Konstrukt aus Regeln darstellt. Die notwendige monopolistische Natur des Staates stellt jedoch gleichzeitig auch eine Gefahr dar, die im Extremfall sogar zu einer größeren Freiheitseinschränkung führt als es ohne dessen Existenz der Fall wäre. So können einzelne Personen oder Gruppen von Personen die Macht des Staates nutzen, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Der Staat wird nicht Vehikel der Durchsetzung der Interessen der Individuen, sondern Instrument deren Ausbeutung. Freiheit kann es also immer nur unter einem funktionsfähigen Rahmen geben. Die Regeln, mit denen eben diese Ausbeutung gestoppt oder vermindert werden soll, bezeichnen wir als **Good Governance** oder gute Regierungsführung. Diese können wir in die Bereiche der Verfassung, der allgemeinen (Leit-)Prinzipien der Politik und die Wettbewerbsordnung voneinander abgrenzen.

Das grundlegendste Sicherungsinstrument der Freiheit der Individuen stellt die Verfassung dar. Wahlen nach (unterschiedlichen) Mehrheiten sorgen dafür, dass Politiker untereinander im Wettbewerb stehen (Wiederwahlrestriktion). Hierdurch werden sie dazu gezwungen im Sinne ihrer Auftraggeber (der Bürgerinnen und Bürger) zu agieren und ein Handeln zur eigenen Bereicherung zu unterlassen. Wahlen sind aber nur in Verbindung mit dem Grundrecht Voice sinnvoll: So müssen Konkurrenten die Möglichkeit haben ihre eigenen Positionen frei darzustellen und den politischen Gegner zu kritisieren. Voice umfasst jedoch viele

²¹Die Erarbeitung von grundlegenden Regeln oder Prinzipien, die dazu dienen, den Wettbewerb in den Dienst des Menschen zu stellen, geht auf eine Gruppe von Neoliberalen zurück, die als die „Ordoliberalen“ bezeichnet werden. Zum Kern dieser Gruppe gehörten die Freiburger Wissenschaftler Walter Eucken (Ökonom), Franz Böhm (Rechtswissenschaftler) und Hans Großmann-Doerth (Rechtswissenschaftler). Die Ordoliberalen werden daher auch als „Freiburger Schule“ bezeichnet. Zum weiteren Kreis zählten Wilhelm Röpke (Ökonom), Alexander Rüstow (Sozialwissenschaftler), Leonhard Miksch (Ökonom), Alfred Müller-Armack (Ökonom und Soziologe) und Erwin von Beckerath (Ökonom). Die konzeptionelle Arbeit wurde vor allem von Walter Eucken vorangetrieben.

weitere grundlegende Meinungsfreiheiten und sollte neben den Persönlichkeitsrechten, welche bestimmte Bereiche grundlegend vor Eingriffen der Politik schützen, und dem Exit-Recht uneingeschränkt gewährt werden. Letzteres kann dabei als letzte Brandschutzmauer angesehen werden, da Individuen damit die Chance gegeben wird, den Staat als Ultima Ratio zu verlassen. Die Aufteilung des Staates in einzelne Zuständigkeitsbereiche (horizontal und vertikal) verhindert zudem, dass es zu einer zu großen Zentralisierung von Macht kommt und die Interessen der einzelnen Akteure möglichst ausdifferenziert erfüllt werden können. Diese grundlegenden Institutionen schützen die Individuen vor besonders einschneidenden Eingriffen des Staates in die individuelle Freiheit. Sie sind dabei noch weitgehend unabhängig von der gewählten Wirtschaftsform.

Welche Politik im Allgemeinen sinnvoll oder weniger sinnvoll ist, können wir mithilfe der Good-Governance-Prinzipien feststellen. So sollten politische Maßnahmen und Veränderungen stets darauf ausgerichtet sein, für einen stabilen und verlässlichen Rahmen zu sorgen, der es den Individuen ermöglicht, Erwartungen zu bilden und somit für Erwartungssicherheit sorgt (Kapitalguteigenschaft des Rechts). Bei der Weiterentwicklung des Rechts ist stets zu beachten, dass es nicht zu Inkonsistenzen kommt, da diese ein Einfallstor für Willkür bilden, und dass stets nicht-intendierte Effekte einer Regelung mitbedacht werden, um ungewollte Schädigungen Dritter zu vermeiden. Das Subsidiaritätsprinzip postuliert den Grundsatz, dass Kompetenzen stets auf der niedrigsten Ebene anzusiedeln sind, solange diese nicht mit der Erfüllung dieser überfordert ist. Es gilt: So niedrig wie möglich, so hoch wie nötig. Das Subsidiaritätsprinzip sorgt somit für eine höhere Effizienz, da die Kontrolle der ausführenden Agenten besser auf einer niedrigen Entscheidungsebene gewährleistet ist und diese die Präferenzen und Kosten der Betroffenen besser einschätzen können. Dies leitet direkt zum Äquivalenzprinzip über, welches die Einheit von denjenigen, die die Kosten tragen, zu denjenigen, die den Nutzen erhalten, fordert. Allgemeiner formuliert sorgt es für die „Einheit von Handeln und Haften“. Hierdurch wird Verschwendung zu Lasten anderer verhindert. Das Äquivalenzprinzip kann jedoch nicht nur intra- sondern auch intergenerationell angewendet werden und mündet somit in dem Prinzip der Nachhaltigkeit, welches uns – ohne angemessenen Ausgleich – verbietet, Kosten auf zukünftige Generationen zu externalisieren.

Allgemeine Regeln – also Regeln, die unabhängig von Zeit, Ort und Eigenschaften einer Person gelten, bieten die größtmögliche Freiheit. Das Fehlen solcher abstrakten Regeln führt zu Übergriffen und damit Freiheitseinschränkungen der „Schwächeren“ durch die „Stärkeren“. Ein zu detaillierter Rahmen hingegen, sprich eine Interventionspolitik, schränkt jedoch ebenfalls die Freiheit ein, verhindert die Entwicklung von Ideen und kann zusätzlich von machtvollen Personen/Gruppen zur Generierung eigener Vorteile benutzt werden. Diskriminierungen sollten somit vermieden werden, außer sie selbst dienen zur Stabilisierung der Ordnung. Diese Abwägungen zeigen ein weiteres wichtiges Prinzip: Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit, Wirtschaftlichkeitsprinzip oder Effizienzprinzip versucht, mittels einer ganzheitlichen Betrachtung aller Kosten und Nutzen diejenigen Maßnahmen zu identifizieren, bei der das Nutzen-Kostenverhältnis am höchsten ist. Eine solche Beurteilung (bzw. Ex-post-Überprüfung) ist für alle beteiligten Parteien aber nur möglich, wenn sie über die entsprechenden Informationen zur Beurteilung verfügen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass eine möglichst große Transparenz, insbesondere über das staatliche Handeln, gegeben ist (Transparenzprinzip).

Folgen wir bei der Wahl der Wirtschaftsform diesen Leitprinzipien, so scheint eine freiheitliche Marktwirtschaft mit Wettbewerb diese am besten erfüllen zu können. Denn durch den Wettbewerb kommt es nach ökonomischem Verständnis zu einer größtmöglichen Erfüllung der Präferenzen der Individuen, was das Ziel einer Wirtschaftsordnung sein sollte. Ursächlich ist hierfür der Wettbewerb, der – unter einem funktionierenden Rahmen – die Wettbewerbsfunktionen der Allokation, Verteilung, Innovation, Entmachtung und die Sozialfunktion bestmöglich erfüllt. Aus diesem Grunde ist es wichtig, dass der Wettbewerb durch ein Wettbewerbsrecht abgesichert wird. Damit wird kollusives Verhalten von Unternehmen verhindert, was ansonsten zu Machtkonzentration, Ausbeutung und ineffizienter Verwendung von Ressourcen und Faktoren führt.

Damit sich jedoch überhaupt erst Unternehmen gründen, Menschen in Tauschhandel eintreten und investieren, bedarf es der rechtlichen Zusicherung von Eigentum und damit verbundenen Rechten. So sorgt zertifiziertes Eigentum für das Fortstreben eines sich selbst verstärkenden Wachstumsprozesses. Insbesondere die Kreditvergabe und der damit entstehende Druck zur Zurückzahlung des Geldes entfachen hierbei einen Produktivitäts- und Innovationsanreiz. Das Fehlen von nachweisbarem Eigentum kann somit als große Bremse für Entwicklung angesehen werden und stellt ein zentrales Hemmnis in Entwicklungsländern dar. Doch selbst wenn Wettbewerb abgesichert ist, kann dieser negativ wirken und zu Einschränkungen der Freiheit und Wohlfahrtsverlusten führen. Aus diesem Grund ist es wichtig, sogenannte Marktversagenstatbestände zu regulieren. Wichtig ist dabei zu verstehen, dass der Markt selbst gar keine Funktionsstörung aufweist. Er sorgt weiterhin (wie immer) für eine Zuteilung (Allokation) der Güter nach den gegebenen Preisen und Anreizen. Beinhaltet diese jedoch nicht alle Kosten (wie bei externen Effekten), sind durch Informationsprobleme verzerrt oder kommt es zu Koordinierungsproblemen (wie bei Kollektivgütern und natürlichen Monopolen), so führt der Mechanismus des Marktes zu unerwünschten Ergebnissen, d.h. die Ergebnisse entsprechen nicht den Präferenzen der Individuen. Es kommt zu Ineffizienzen in Form von kollektiven Selbstschädigungsprozessen. „Marktversagen“ etabliert somit die Notwendigkeit eines staatlichen regulierenden Eingriffs in den Markt. Weiß man dies, d.h. kennt man die Marktversagenstatbestände und die Regulierungsnotwendigkeiten, so sind dann noch auftretende Formen des Marktversagens Staatsversagen.

Es ist jedoch wichtig, Verfassung, Prinzipien und Wettbewerbsordnung nicht isoliert, sondern als ein sich gegenseitig bedingendes Konstrukt aufzufassen. Abbildung 3-33 fasst die Interdependenzen von Institutionen, kollektiven und individuellen Handlungen samt Rückwirkungen noch einmal zusammen.

Politische Diskurse und v.a. Entscheidungen sind an Verfassungsregeln und Prinzipien (inklusive internationaler Abkommen) gebunden. Die Politik setzt die Regeln des Handelns für die Bürger (Rechtsstaat) und stellt die Güter und Leistungen aus Bereichen wie Soziales, Bildung, Infrastruktur, Kultur bereit, die der Markt nicht (zumindest nicht im gewünschten Umfang) hervorbringt. Unter diesen Bedingungen des Rechts- und Leistungsstaates treffen die privaten Akteure ihre Entscheidungen. Als nicht intendierte Resultate ergeben sich Makrogrößen wie das Einkommen (auch pro Kopf), Spar- und Investitionsquoten, Ziffern in Indizes (HDI, Glücksindex u.a.) und auch Kennziffern der Umweltverschmutzung. Natürlich ergeben sich auch ganz individuelle Ergebnisse. Bei (mehr oder weniger großer) Unzufriedenheit mit den Resultaten, können die Individuen zum einen ihre Handlungen (Interaktionen, Verträge) anpassen oder sie können darauf drängen, dass sich das kollektive Handeln

verändert (das zeigen die gestrichelten Linien an). Die Politiker können nun ggf. ihre Entscheidungen ändern. Sind ihnen für bestimmte wichtig Entscheidungen die Hände gebunden, weil Verfassungsschranken dem entgegenstehen, so können sie Diskurse über Verfassungsänderungen initiieren und diese ggf. durchführen.

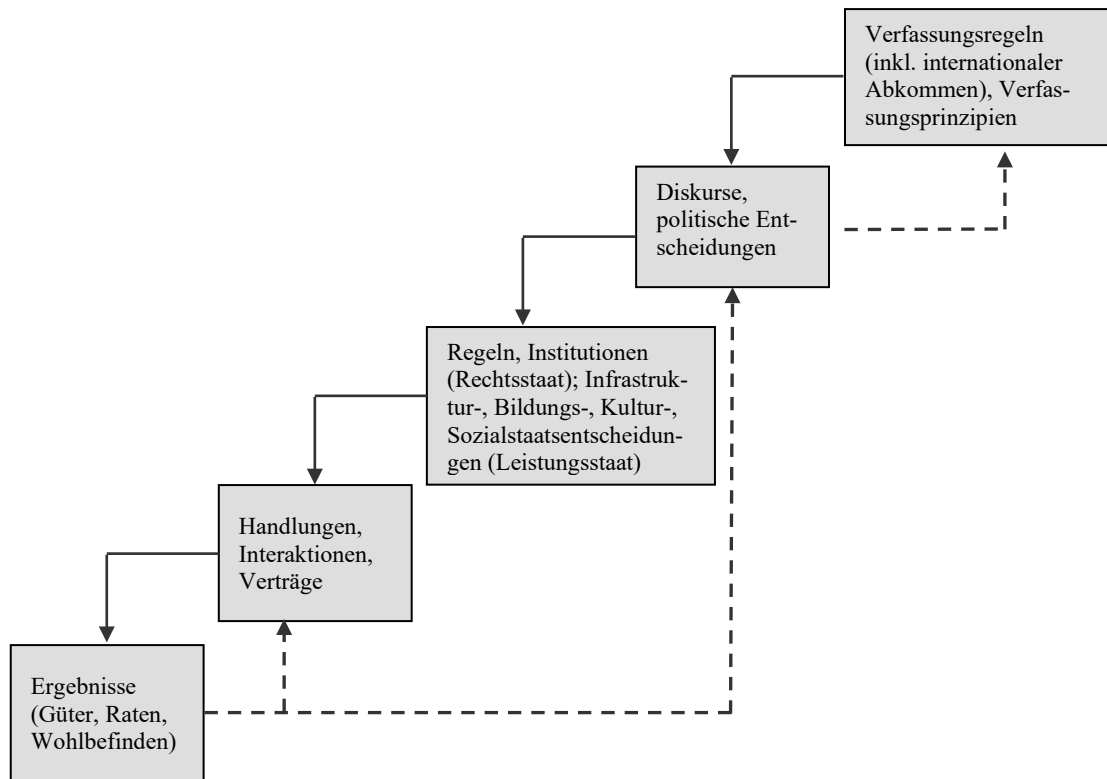


Abbildung 3-33: Handlungen, Ergebnisse und Institutionen

Quelle: Eigene Darstellung

Damit lässt sich zusammenfassend festhalten, dass der Wohlstand und das Wachstum einer Nation von der Qualität der Institutionen abhängt oder wie Douglas North es schrieb: „Institutions matter!“.

3.4.6 Reformhindernisse

Wenn die Befolgung von Good Governance, sprich die Etablierung einer zweckmäßigen Verfassung, eine Politik, die sich an bestimmte Leitlinien hält, samt der Konstituierung einer Wettbewerbsordnung, die überlegene Alternative für alle (also für Haushalte, Unternehmen und letztlich auch für die Regierenden) darstellt (schließlich erhalten sie vergleichsweise hohe Steuereinnahmen), muss man sich fragen, warum in vielen Staaten dieser Welt nur sehr zögerlich entschlossene Reformen in diese Richtung zu beobachten sind. Aus diesem Grund wollen wir uns in diesem Kapitel mit Faktoren beschäftigen, welche die Reformierung bzw. Transformation eines Regelsystems hin zu einem Good-Governance-Rechtsrahmen verlangsamten oder sogar ganz verhindern. Sechs zentrale Gründe, die im Folgenden näher erläutert werden sollen, lassen sich diesbezüglich nennen:

Index

- A**
- Abhängigkeit
 -squote 50
 -stheorien 226
 Abwärtsspirale 102
 African Peer Review Mechanism 326
 Afrikanische Union 325
 Agenda 2030 274
 ALBA 329
 Alignment 320
 Allokation 10, 173
 -sfunktion 159
 Anreize 11, 14, 82, 85, 165, 310
 Äquivalenzprinzip 134, 148, **152**, 263, 297
 Arabischen Liga 254
 Arbeitsgemeinschaft Entwicklungspolitik der
 Deutschen Wirtschaft 336
 Arbeitsteilung 84
 Armut
 extreme 35
 -sbekämpfung 264
 -sfälle 222, 310
 Artenvielfalt 42
 ASEAN 329
 Aufholprozesse 112, 235
- B**
- Base of the Pyramid 336, 337
 Basisinnovation 230
 Besitz 169
 Bestimmtheitsmaß 239
 Bevölkerungsfalle 221
 bilateral 331
 Bildung **52**, 269
 Brain-Drain/-Gain 67
 Bretton-Woods-System 281
 Bruttoinlandsprodukt **21**
 Buchan'sche Konsenskriterium 14
 Budgethilfe **322**
 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
 und Entwicklung 330
- C**
- Capability Approach 61
 China 328
 Coase, Ronald Henry 175
 Cobb-Douglas-Funktion 107
 Coleman'sche Badewanne 14
 Collier, Paul **210**
 Comprehensive Development Framework 292
 Copenhagen Consensus 277
 Correlation Sensitive Poverty Index 74
 Corruption-Perception-Index 191
 Country Assistance Strategies 292
- D**
- De Soto, Hernando **170**
 De-Growth Economics . *Siehe Postwachstumsökonomik*
 Demokratie 149, 255
 Demsetz-These 151
 Dependenztheorien *Siehe Abhängigkeitstheorien*
 Deregulierung 286
 Deutsche Evaluierungsinstitut der
 Entwicklungszusammenarbeit 334
 Deutsche Gesellschaft für Internationale
 Zusammenarbeit 333
 Deutschland 330
 Diskriminierung 55, 155
 Dreiecks Kooperationen 328
 Dritte Welt 2
- E**
- Easterly, William 310
 Economic and Environmental Vulnerability Index 76
 Economic Freedom Index 215
 Effektivität 318
 Effizienzprinzip *Siehe Verhältnismäßigkeitsprinzip*
 Eigentumsrechte **168**, 214
 Einkommensanteile 34
 Elite 187
 Endogenitätsproblem 239
 Entmachtung
 -sfunktion 159
 -sproblem des Diktators 197
 Entscheidungsfindungskosten 142
 Entwicklung
 -sländer **76**
 -spfade **233**
 Entwicklungsbank 330
 EuropeAid 330
 Evaluation 266
 Exit 143
 Extensionsniveau 264
 Externalität *Siehe Externe Effekte*
 Externe Effekte 40, 93, 148, **174**, 186, 223, 246
- F**
- Fähigkeiten 63
 Fertilität 47
 Finanzierungslücke 100
 Fluch der Ressourcen 184
 Föderalismus 147
 Freedom House 214
- G**
- Galor, Oded 130
 Gefangenendilemma 11, 139, 163, 176
 Gender 56, 270
 General Agreement on Trade in Services 312
 Geographie 226
 Gerichtsbarkeit 144

Gesetzesfolgenabschätzung.....	157
Gewaltenteilung	
horizontale.....	144
vertikale.....	146
Gini-Koeffizient.....	31
Gleichberechtigung.....	341
Gleichheitsgrundsatz.....	155
Global Competitiveness Index.....	216
Globaler Süden/ Norden.....	2
Globalisierung.....	228
Glück.....	59
Good Governance.....	137 , 180, 283
Governance.....	323
-indikatoren.....	212
Transaction.....	323
Grenzen des Wachstums.....	224
Grenzertrag.....	106
Grundgüterzugang.....	282
Grundrechte.....	143

H

Handel.....	88 , 286, 312
Handeln und Haften.....	<i>Siehe Äquivalenzprinzip</i>
Harmonization.....	320
Haushaltsdefizit.....	284
Heavily Indebted Poor Countries.....	283, 297 , 303
Historical Index of Economic Liberty.....	217
Historical Index of Human Development.....	234
Hobbes, Thomas.....	140, 168
Holländische Krankheit.....	185
Homo Oeconomicus.....	9
Human Development Index.....	66
Inequality-adjusted.....	71
Planetary Pressures-Adjusted.....	70
Human Poverty Index.....	73
Humankapital.....	52, 117, 118, 130
Hypothese.....	18

I

IBSA.....	328
Index of Economic Freedom.....	215
Industrialisierung.....	246
Industriestaaten.....	2
Infant Industries.....	286
Inflation.....	38, 249, 299
Informationsasymmetrie.....	174
Informelle Institutionen.....	198
Infrastruktur.....	37
Innovationsfunktion.....	161
Institutionen.....	12, 180
-ökonomik.....	11
Internationaler Währungsfond.....	280

K

Kaldor-Hicks-Kriterium.....	10
Kapital	
-flucht.....	284
-guteigenschaft des Rechts.....	150
-intensität.....	108
-ismus.....	219, 281
-mangel.....	308
Kartell.....	163
Kaufkraftparität.....	24

Kausalität.....	239
Keynes.....	96, 297
Kinder.....	58
-sterblichkeit.....	46
Klinische Ökonomik.....	306
Knappheit.....	6, 278
Kollektive Selbstschädigung.....	152
Kollektivgüter.....	175 , 263
Kollusives Verhalten.....	163
Kolonialismus.....	227
Kolonie.....	240
Komparativer Kostenvorteil.....	87
Kondratjew, Nikolai Dmitrijewitsch.....	229
Kondratjew-Zyklen.....	230
Konflikte.....	53
Konvergenzhypothese.....	112
Korruption.....	187 , 323
Kosten-Nutzen-Analyse.....	278
Kreditanstalt für Wiederaufbau.....	333
Kredithaie.....	340
Krise.....	223, 230, 248, 280
Finanz-.....	37
-npolitik.....	178
Ölpreis-.....	282
Schulden-.....	305
Währungs-.....	249
Weltwirtschafts-.....	112
Krisen	
Lateinamerikanische.....	249
Kritischer Rationalismus.....	9, 17 , 266
Kuznets, Simon Smith.....	126
Kuznets-Kurve.....	44, 126

L

Landlocked.....	227
Least Developed Countries.....	2, 76
Lebenseinkommensungleichheit.....	34
Leistungsbilanzdefizit.....	284
Leistungsstaat.....	145, 178
Lock in.....	204
Lomborg, Bjørn.....	277
Lorenzkurve.....	30

M

Malthus, Thomas Robert.....	221
Management for Results.....	321
Mangelernährung.....	45
Markt	
-versagen.....	173
-wirtschaft.....	82
Marx, Karl.....	219
Maßstabswettbewerb.....	113, 152, 236, 242
MDG.....	<i>Siehe Millenniumsziele</i>
Menschenrechte.....	267
Meritorische Güter.....	174
Migration.....	50
Mikrofinanzen.....	340
Mikroversicherungen.....	342
Millenniumziele.....	268
Modelle.....	8, 81
Moral-Hazard.....	104, 132, 304, 311, 340
Moralisches Wagnis.....	<i>Siehe Moral-Hazard</i>
Mortalität.....	47
Multidimensional Poverty Index.....	73

Mutual Accountability 321

N

Nachhaltigkeit 40, **152**, 272
 Nationalen Wohlfahrtsindex 69
 Natürliches Monopol 166
 Netzwerkeffekt 205
 New Partnership for Africa's Development 326
 nominal 22
 Normative Theorie 9
 Nutzen 62

O

OECD 78, **318**
 Official Development Assistance 267, **319**
 Ökonomik 5
 Ölreichtum 256
 Olson, Mancur 139, 186
 Olson-Gruppe 202
 Opportunitätskosten 13, 50
 Ordnung 154
 Ownership 283, 292, 320, 323

P

Pandemie 271
 Pareto-Kriterium 9
 Persönlichkeitsrechte 144
 Pfadabhängigkeit **204**
 Pigou, Arthur Cecil 174
 Piketty, Thomas 128
 Political Constraint Index 213
 Positive Theorie 9
 Postwachstumsökonomik 223
 Poverty Reduction Strategy Papers 283, **293**
 Prahalad, Coimbatore Krishnarao 336, 337
 Preisindex 23
 Preston-Kurve 46
 Prinzipal-Agent 158
 Priorisierung 279
 Privatisierung 286
 Produktion
 -sfunktion 105
 -spotential 97
 Projekthilfe **322**
 Property Rights *Siehe Eigentumsrechte*
 Protektionismus 229
 Putnam-Gruppe 202

R

Rationalität 7
 Rawls, John 155
 Rechtsstaat **145**, 149, 176
 RECOSA 327
 Reformhindernisse **183**
 Regeln
 abstrakte 154
 Remittances 336
 Rent-Seeking **138**
 Resilienz 37
 Ressourcenfluch *Siehe Fluch der Ressourcen*
 Ricardo, David 87
 Rohstoffreichtum 185

Rule of Law 155, 212, 238

S

Sachs, Jeffrey 306
 Sanktionen 209
 Schattenwirtschaft 38
 Schleier der Unwissenheit 16
 Schöpferische Zerstörung 249
 Schulden
 -erlass 303
 -falle 302
 -spirale 298
 Schumpeter, Joseph Alois 84, 230, 249
 SCO 329
 Seidenstraße 328
 Shared Mental Models 13, 198
 Siedlersterblichkeit 240
 Skalenerträge 107
 Smith, Adam 82, 86
 Solow-Swan-Modell 105
 Sowjetunion 252
 Sozial
 -funktion 159
 -ismus 252, 281
 -kapital **198**
 Spillover 118, 286
 Staat
 -sversagen 140, 146, 173
 Staatsschulden **297**
 Stabilität, makroökonomische 178, 284
 Standards 93
 Standortwettbewerb 149, 152, 228
 Strukturanpassungsprogramme 282, 287
 Subsidiaritätsprinzip **151**
 Subsistenzproduktion 29
 Süd-Süd-Kooperationen 327
 Sunk Cost 166
 Sustainable Development Goals 274

T

Technischer Fortschritt 116, 121, 161
 Terms of Trade 37
 Tigerstaaten 235, 245
 Transaktionskosten 167
 Transformation 251
 Transparenz **158**
 Trial-and-Error 17, 312
 Trickle Down 128, 281
 Trittbrettfahrerproblem 186

U

UEMOA 327
 United Nations Development Programme 267
 UNO *Siehe Vereinte Nationen*

V

VENRO 335
 Vereinte Nationen 76, **266**
 Verfassung 141
 Verfügungsrechte **167**
 Verhältnismäßigkeitsprinzip 157
 Vermachtungsprozesse 165

Verschuldung	38, 283
Verteilung	125
-sfunktion	159
-sindikatoren	30
Verwirklichungschancen	64
Voice	143
Von Hayek, Friedrich August	85

W

Wachstum	30, 95
auf Messers Schneide	102
endogenes	118
gleichgewichtiges	99
Wahlen	141
Washington Consensus	117, 282, 283
Weber, Max	217
Wechselkurs	23, 285
Weltbank	77, 280
Welthandelsorganisation	312
Wettbewerb	93
-sfunktionen	158
-sordnung	158
-srecht	163

Williamson, John	284
Wirksamkeit	320
Wirtschaftlichkeitsprinzip	<i>Siehe</i> <i>Verhältnismäßigkeitsprinzip</i>
Wissen	119
Wohlfahrt	28
World Air Quality Index	246
World Justice Project	214
World Value Survey	218
Worldwide Governance-Indicators	212

Y

Youth Bulge	49
-------------------	----

Z

Zeira, Joseph	130
Zeit	
-inkonsistenz	298
-problem der autokratischen Regierung	195
Zertifizierung	171
Zinssatz	285
Zoll	314